

BERLIN IM berlin edition KALTEN KRIEG

Der Kampf um die geteilte Stadt



Mit
Übersichts-
karte

Inhalt

- Showdown am Checkpoint Charlie** 5
- »Frontstadt« Berlin** 6
- Aus Verbündeten werden Gegner** 9
 - Die Viersektorenstadt 9
 - Erste Konflikte 11
 - Parteien gründen sich 12
 - Die letzten Gesamtberliner Wahlen 15
- Blockade und Luftbrücke** 16
 - Konkurrierende Währungen 16
 - Mit Rosinenbomben gegen die Blockade 17
 - Die »Senatsreserve« 24
- Die gesplittete Stadt** 25
 - Die Universität als politischer Kampfplatz 26
 - Truppen in Berlin 28
 - Abschnürung der Westsektoren 29
- Aufstand gegen das SED-Regime** 30
- Rundfunk und Presse** 33
- Der Tummelplatz der Spione** 35
 - Der Spionagetunnel 36
 - Entführungen politischer Gegner 36
 - Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 40
- Agentenaustausch 41
- Die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten 42
- Kampf um die kulturelle Vorherrschaft** 45
 - Prestigeprojekte vom Reißbrett 45
 - Subventionen und blühende Kulturlandschaften 47
 - Die Welt zu Gast 50
- Das Chruschtschow-Ultimatum** 52
- Die Berliner Mauer** 55
 - Der Bau der Mauer 55
 - Gespannte Ruhe 60
 - Fluchten und Fluchthilfe 61
- Leben mit der Mauer** 66
 - Erste Verwandtenbesuche 66
 - Ein Abkommen für Berlin 66
 - Normaler Ausnahmezustand 69
 - »Mister Gorbatschow ...« 73
- Das Ende des Kalten Krieges** 74
 - Zeittafel 77
 - Karte 78
 - Anmerkungen 80

Aus Verbündeten werden Gegner

Am 2. Mai 1945 kapitulierten die letzten Wehrmachtsverbände in Berlin vor den sowjetischen Streitkräften. In schweren Kämpfen und unter großen Verlusten hatte die Rote Armee die Reichshauptstadt erobert und schließlich eingenommen. Sechs Tage später, am 8. Mai 1945, unterzeichnete die deutsche Wehrmachtsführung in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation sämtlicher deutscher Streitkräfte. Das nationalsozialistische Deutschland, dessen bewaffnete Verbände während des Zweiten Weltkriegs ungeheure Verbrechen begangen hatten, war endgültig besiegt.

Dieser Sieg war nur möglich geworden durch das politische und militärische Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion. Aber es waren sehr unterschiedliche Partner, die nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 in der sogenannten »Anti-Hitler-Koalition« zusammenfanden – Großbritannien, das »Mutterland« der Demokratie, die ökonomisch starken demokratischen USA und als »dritte im Bunde« die von Josef W. Stalin diktatorisch beherrschte Sowjetunion. Doch alle Bedenken und alles Misstrauen zwischen westlichen Demokratien und der kommunistischen Sowjetunion wurden von den Politikern hintangestellt um des einen Zieles willen: das nationalsozialistische Deutschland zu besiegen.

Dieses Ziel war im Mai 1945 erreicht. Das Deutsche Reich hatte bedingungslos kapituliert, ganz Deutschland war von alliierten Truppen besetzt. Über die Grundzüge der anschließenden Besatzungspolitik in Deutschland hatten die »Großen Drei« auf mehreren Konferenzen – so in Teheran (1943), in Jalta auf der Halbinsel Krim

(Februar 1945) und in Potsdam (August 1945) – Einvernehmen erzielt. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße wurden gemäß dieser Vereinbarungen Polen bzw. der Sowjetunion (das nördliche Ostpreußen mit Königsberg) zugeschlagen, das verbleibende Deutschland in vier Besatzungszonen geteilt – Frankreich kam als vierte Besatzungsmacht hinzu. Auch über die Grundsätze ihrer Besatzungspolitik konnten sich die Siegermächte verhältnismäßig rasch einigen. Die deutsche Gesellschaft sollte nach dem Willen der Siegermächte 1. »entnazifiziert«, 2. »entmilitarisiert« und 3. »demokratisiert« werden. Doch wie zum Beispiel diese »Demokratisierung« konkret aussehen und bewerkstelligt werden sollte, war unter den Siegermächten bald höchst umstritten.

Die oberste Regierungsgewalt in den einzelnen Besatzungszonen lag bei den jeweiligen Militärregierungen mit einem Militärgouverneur an der Spitze. Sie kontrollierten nach ihren je eigenen Vorstellungen alles politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen in ihrer Zone.

Für alle Fragen, die »Deutschland als Ganzes« betrafen, wurde ein alliierter Kontrollrat mit Sitz in Berlin eingerichtet, in dem die vier Militärgouverneure an einem Tisch saßen. Und es hatte zunächst ganz den Anschein, als würden Amerikaner, Briten, Franzosen und Sowjets dort relativ harmonisch zusammenarbeiten.

Die Viersektorenstadt

Auch Berlin als die ehemalige Reichshauptstadt wurde von den Siegermächten in vier Besatzungszonen bzw. »Sektoren« geteilt. Die Briten erhielten die westlichen Bezirke



Marschall Schukow (Schärpe) und Feldmarschall Montgomery (3.v.r.) bei einer Militärparade

(Wilmerdorf, Charlottenburg, Spandau, Tiergarten), Amerikaner den Südwesten (Kreuzberg, Schöneberg, Neukölln, Tempelhof, Steglitz, Zehlendorf), Franzosen den Nordosten (Reinickendorf, Wedding) und die sowjetische Besatzungsmacht die östlichen Stadtbezirke von Berlin (Mitte, Prenzlauer Berg, Pankow, Weißensee, Lichtenberg, Friedrichshain, Treptow, Köpenick). Die drei Westsektoren umfassten ein Gebiet von 481 qkm mit 2,1 Millionen Menschen (Mitte 1945), der sowjetische Sektor 403 qkm mit 1,1 Millionen Menschen. Der Verlauf der Sektorengrenzen wurde lediglich durch vereinzelte Hinweisschilder gekennzeichnet. Die Menschen konnten sich zwischen den Sektoren ungehindert bewegen. Für die Viersektorenstadt Berlin war im Rahmen des Londoner Abkommens vom September 1944 – das auch die Grundzüge

der Besatzungspolitik gegenüber Deutschland festlegte – ein gemeinsames Besatzungsregime vereinbart worden.

Oberstes Entscheidungsgremium war die »Allied Kommandatura« (Kombination aus einem englischen und einem russischen Begriff), in dem die vier Stadtkommandanten vertreten waren. Sie hatte ihren Sitz im Berliner Villenviertel Dahlem und damit im amerikanischen Sektor. Am 11. Juli 1945 trat die Alliierte Kommandatur zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Hinsichtlich Form und Struktur der Besatzungsherrschaft – Zonen- bzw. Sektoreneinteilung, Allierter Kontrollrat bzw. Kommandatur – war Berlin seit Mitte 1945 so etwas wie ein »Deutschland im Kleinen«, in dem sich bald die Konflikte des Kalten Krieges wie in einem Brennglas bündeln sollten.



Karte mit den Sektorengrenzen

Erste Konflikte

Noch während in Berlin die letzten Kämpfe tobten, bezogen zehn KPD-Männer in der Stadt Quartier, die sich in ihrem Moskauer Exil lange darauf vorbereitet hatten, den Wiederaufbau Berlins nach ihren Plänen zu organisieren: die »Gruppe Ulbricht«, benannt nach dem Mann an ihrer Spitze, Walter Ulbricht, dem späteren Staats- und Parteichef der DDR (Deutsche Demokratische Republik). Da die Rote Armee die Reichshauptstadt Berlin allein erobert hatte, bezogen die Westalliierten erst Wochen später ihre Sektoren, Briten und Amerikaner im Juli, die Franzosen im August 1945. In der Zwischenzeit konnte die Gruppe Ulbricht ungestört und mit Rückendeckung der Sowjets politische Weichenstellungen in Berlin vornehmen, die in der Folgezeit

zu immer schärferen Konflikten mit den Westalliierten führen sollten. So hatten sie beispielsweise dafür gesorgt, dass in der Berliner Stadtregierung, dem Magistrat, mehrere Schlüsselressorts mit ihren Leuten besetzt wurden. Ein Mitglied der Gruppe, Kurt Maron, erhielt die einflussreiche Position des Ersten Stellvertreters von Oberbürgermeister Arthur Werner, eines politisch gänzlich unerfahrenen pensionierten Architekten. Das Ziel war nicht unbedingt, alle Posten und Ämter mit Kommunisten zu besetzen und alle Maßnahmen auf die möglichst rasche Einführung eines sozialistischen Systems nach sowjetischem Muster auszurichten. Allerdings wollten Ulbricht und seine Mitstreiter stets den entscheidenden Einfluss auf die politische Entwicklung in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone behalten, ganz nach

dem viel zitierten Ausspruch von Walter Ulbricht: »Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.«³ Dabei suchten sie anfangs noch gezielt die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen und bürgerlich konservativen Personen, weil in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch für Kommunisten vom Schlage eines Walter Ulbricht zunächst die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« auf der Tagesordnung stand. Immer jedoch nach jenem – geheimen – Grundsatz Ulbricht-scher Politik: »Wir müssen alles in der Hand haben.« Während Ulbrichts Kommunisten im Ostsektor stets auf die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht rechnen konnte bzw. deren Direktiven ausführten, trafen sie in den westlichen Sektoren von Berlin bald auf wachsenden Widerstand.

Beim Thema Industriedemontagen und Reparationen hatten die Sowjets bereits vor dem Einzug der Westalliierten in Berlin Tatsachen geschaffen, die erhebliches Konfliktpotential in sich bargen. Unmittelbar nach Kriegsende hatten sie nämlich große Teile der Industrieanlagen von Spezialkommandos demontieren lassen, wobei im Westteil der Stadt, den späteren Westsektoren, fast 80 Prozent der Industriekapazität betroffen waren, im sowjetischen Sektor »nur« etwa ein Drittel. Als die Westalliierten im Sommer 1945 ihre Sektoren unter Kontrolle nahmen, fanden sie also eine weitgehend zerstörte Industrielandschaft vor. Was Bombenkrieg und Straßenkämpfe an Maschinen und Anlagen übrig gelassen hatten, war durch sowjetische Spezialkommandos zu großen Teilen abtransportiert worden. Dass diese Maschinen nur zu einem verschwindend kleinen Teil heil in der Sowjetunion ankamen, die Demontagepolitik sich für die Sowjetunion als ökonomisch völlig sinnlos erwies, steht auf einem anderen Blatt. Zwar nahmen auch die Westalliierten – allen voran die Fran-

zosen – in ihren Sektoren Demontagen vor, doch längst nicht in einem so verheerenden, die industrielle Substanz zum Teil zerstörenden Ausmaß wie die Sowjets. Einige der leistungsstärksten Betriebe in ihrem Sektor, die nicht demontiert wurden, wandelten die Sowjets Ende 1945 in »Sowjetische Aktien-Gesellschaften« (SAG) um, die ausschließlich für die Sowjetunion produzieren mussten – ein glatter Verstoß gegen die Vereinbarungen über eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Bei der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln und Rohstoffen für die Industrie bestanden die Sowjets darauf, dass die Westsektoren aus ihren jeweiligen Besatzungszonen versorgt werden sollten. Damit waren die westlichen Stadtbezirke versorgungstechnisch von ihrem Hinterland in Brandenburg faktisch abgeschnitten.⁴

Parteien gründen sich

Es mochte viele Zeitgenossen erstaunen, mit welcher Schnelligkeit und (scheinbaren?) Großzügigkeit die sowjetische Besatzungsmacht in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) das politische Leben wieder in Gang setzte. Mit Befehl Nr. 2 erlaubte der sowjetische Oberbefehlshaber Marschall Georgi K. Shukov schon am 10. Juni 1945 die Gründung von Parteien. Bereits am darauffolgenden Tag veröffentlichte eine Gruppe Kommunisten um Wilhelm Pieck und Johannes R. Becher einen Aufruf zur Gründung der KPD.

Am 15. Juni 1945 konstituierte sich in Berlin mit Otto Grotewohl an der Spitze auch ein Ausschuss zur (Wieder-)Gründung der SPD. Schlüsselbegriffe ihres Aufrufs waren »Demokratisierung von Staat und Gesellschaft« sowie »Sozialisierung der Wirtschaft«.

Es folgten am 26. Juni die Gründungsaufrufe der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Libe-

ral-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) am 5. Juli 1945. Anders als KPD und SPD hatten die letztgenannten Parteien keine Vorläufer in der Weimarer Republik, sondern waren Neugründungen. Dabei stand die CDU in der Tradition des Zentrums, die LDP in der von Demokratischer Volkspartei (DVP) und Demokratischer Partei (DDP).

Zu jenem Zeitpunkt, da in Berlin und der SBZ diese Parteien ihre Arbeit aufnahmen, war an eine Neu- oder Wiedergründung von Parteien in den westlichen Besatzungszonen noch nicht zu denken.

Wie sehr die Sowjets aber darauf achteten, dass die vergleichsweise rasch zugelassenen Parteien auch eine ihnen genehme Politik betrieben, zeigte sich nur allzu bald. Als im November 1945 der Berliner CDU-Vorsitzende Andreas Hermes und sein Stellvertreter Walther Schreiber es wagten, Kritik an der Bodenreform, insbesondere an der entschädigungslosen Enteignung von Großgrundbesitz in der Sowjetischen Zone zu üben, wurden sie umgehend zum Rücktritt gezwungen. Ihren Nachfolgern Ernst Lemmer und Jakob Kaiser erging es zwei Jahre später ebenso, als sie sich weigerten, am »Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden«, einer Propagandaveranstaltung der Kommunisten, teilzunehmen.

Zu einem weiteren, überaus brisanten Streitfall zwischen Ost und West wurde die Frage eines Zusammenschlusses von SPD und KPD.

Die organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung empfanden 1945 auch viele SPD-Mitglieder als fatale Schwächung ihrer Schlagkraft, eine Spaltung, die bereits 1933 eine der Ursachen für die Niederlage der Republik und die Machtergreifung der Nationalsozialisten gewesen sei. In weiten Kreisen der deutschen wie der Berliner Sozialdemokratie gab es darum unmittelbar nach Ende des Krieges die Bereitschaft zu einem Zusammengehen mit der KPD. Diese

Bereitschaft schwand jedoch in der SPD umso schneller, je offener sich der Wille der Kommunisten zeigte, mit sowjetischer Hilfe politische Schlüsselstellungen zu erobern und ihre Pläne nötigenfalls mit großer Härte durchzusetzen. Otto Grotewohl, der SPD-Vorsitzende in der SBZ setzte sich über diese Bedenken hinweg, drängte Fusionsgegner in den eigenen Reihen zurück und führte die SPD schließlich in eine gemeinsame Partei mit den Kommunisten, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). Der Vereinigungsparteitag fand am 21./22. April 1946 im Berliner Admiralspalast statt.

In der Berliner SPD regte sich besonders heftiger Widerstand gegen einen Zusammenschluss mit der KPD. Vereinigungsgegner innerhalb der Partei organisierten deshalb mit Unterstützung der Westalliierten eine Urabstimmung. Diese konnte Ende März 1946 nur in den drei Westsektoren stattfinden, im sowjetischen Sektor wurden sie gewaltsam verhindert. Trotz des Verbots richteten die Vereinigungsgegner im Ostsektor Abstimmungslokale ein, die jedoch kurz nach Öffnung von sowjetischen Soldaten geschlossen wurden – die Schlangestehenden SPD-Mitglieder mussten unverrichteter Dinge nach Hause gehen. Das Ergebnis der Abstimmung war eindeutig: In den West-Sektoren stimmten rund 75 Prozent der teilnehmenden SPD-Mitglieder gegen einen Zusammenschluss mit den Kommunisten.

Nur zu bald sollte sich zeigen, wie sehr die Vereinigungsgegner in der SPD mit ihren Befürchtungen Recht gehabt hatten. Die Unterschriftstinte unter dem Vereinigungsbeschluss war kaum getrocknet, da begannen schon die politischen Pressionen gegen die ehemaligen Sozialdemokraten in der SED. Mit Drohungen und auch direkter Gewalt drängten die Kommunisten zahlreiche Sozialdemokraten aus Machtpositionen der SED und bestimmten immer stärker